



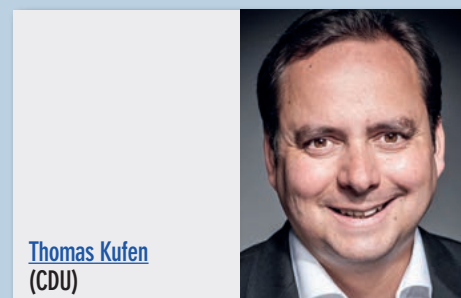
„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Rainer Schmeltzer
(SPD)



Thomas Kufen
(CDU)

NRW will den Ausstoß der Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 einsparen. Um dies zu erreichen, ...

... ist aktives Handeln auf allen Ebenen gefordert. Jeder Einzelne, die Gemeinde, eine Region und auch das Land NRW müssen jeweils ihren spezifischen Beitrag leisten. Derzeit werden unter breiter öffentlicher Beteiligung die Maßnahmen für einen Klimaschutzplan NRW erarbeitet.

... brauchen wir keine Insellösungen wie den Klimaschutzplan, sondern einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene sowie ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen. Auch muss der Fokus stärker auf dem Thema Energieeffizienz liegen.

Wer Bus und Bahn anstelle des eigenen Autos nutzt, produziert unterm Strich weniger Treibhausgase. Andererseits ist der Erhalt bzw. Ausbau dieses Angebots gerade in einem Flächenland nicht billig. Der öffentliche Personennahverkehr ...

... in NRW steht und fällt mit der finanziellen Unterstützung des Bundes. Sie beträgt derzeit rund 90 Prozent. NRW braucht eine nachhaltige und bedarfsgerechte Ausfinanzierung seiner Verkehrsinfrastruktur, die der Größe und Bedeutung gemessen an anderen Bundesländern entspricht.

... gehört zu einem gesunden Mix aus unterschiedlichen Verkehrsmitteln, der den spezifischen Bedürfnissen der Nutzer gerecht wird. Nötiger denn je braucht Nordrhein-Westfalen eine funktionsfähige Infrastruktur. Dazu müssen die vom Bund bereitgestellten Mittel auch verbaut werden, statt sie verfallen zu lassen.

Im Sinne einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik sollte man Elektromobilität ...

... entlang der Wertschöpfungskette und den infrastrukturellen Erfordernissen unterstützen. Dabei geht es nicht nur um Forschung zum Beispiel für Batterien, elektrische Speicherung, Fahrzeuge und Antriebe, sondern auch um wirtschaftliche sowie stadtplanerische Vorgaben wie Ladestationen und Parkplätze.

... besser nutzen. Sie bietet die Chance, die Abhängigkeit vom Erdöl und umweltschädliche Emissionen zu reduzieren. Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits vor geraumer Zeit eine Initiative gestartet, um Elektromobilität für eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik eine höhere Bedeutung zukommen zu lassen.

Die Idee, alle über das Land verstreuten Windräder, Biogasanlagen und Solarzellen für NRW zentral in einem virtuellen Kraftwerk zusammenzuführen, ist...

... wünschenswert, aber in einer allumfassenden Form derzeit unrealistisch. Sehr gut ist jedoch, gesicherte Energie dadurch zur Verfügung zu stellen, dass dezentral verschiedene Stromerzeugungsquellen in einem virtuellen Kraftwerk integriert und gesteuert werden. Deshalb wollen wir das im Bundes-Koalitionsvertrag angekündigte Pilotvorhaben in das dicht besiedelte NRW holen.

... ein sinnvolles Vorhaben der schwarz-roten Bundesregierung, weil so erneuerbare und volatile Energieerzeuger mehr Systemverantwortung übernehmen können. Allerdings müssen noch Herausforderungen bei der elektronischen Vernetzung und der Sicherheit gemeistert werden.

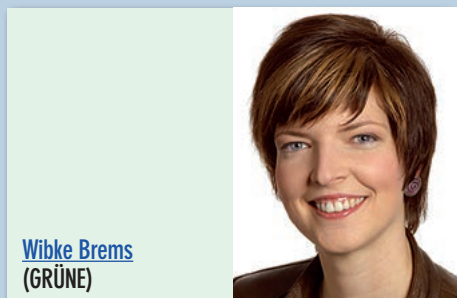
Um auch in wind- und sonnenarmen Zeiten Strom aus erneuerbaren Energiequellen nutzen zu können, wird unter anderem der Bau von Pumpspeicherkraftwerken diskutiert. Hier ist es aus meiner Sicht wichtig, ...

... Unternehmen, die Standorte gefunden haben und an der Umsetzung interessiert sind, darin zu bestärken, die aufwendigen und kostenintensiven Erkundungen auch vorzunehmen und in konkrete Vorplanungen einzutreten. Dafür hat das Land ein Programm zur Risikoabsicherung für die ersten Projektphasen initiiert.

... effiziente und bezahlbare Energiespeicher zu entwickeln, die eine verlässliche Integration der erneuerbaren Energien in das Energiesystem sicherstellen. Hierbei können Pumpspeicherkraftwerke einen wichtigen Beitrag leisten. Den einen universellen Energiespeicher für das Stromnetz wird es nicht geben.



Diesmal zum Thema Schadstoffe.



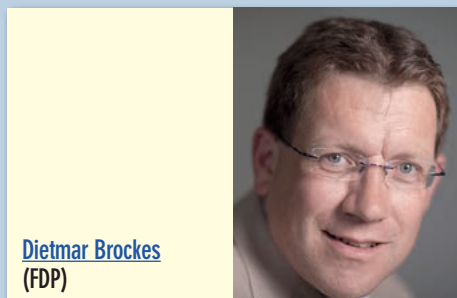
... haben wir im letzten Jahr das bundesweit erste Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Klimaschutzzielen verabschiedet. Die Landesregierung erstellt derzeit unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Gruppen den Klimaschutzplan, die Road-Map, mit der die ambitionierten NRW-Ziele erreicht werden.

... ist ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz und muss gut koordiniert werden, um attraktiver und kostengünstiger zu werden: Einfache Tarife, Fahrgastinformation, abgestimmte Takte, bedarfsgerechte Angebote und Vernetzungen mit anderen Verkehrsmitteln erhöhen die Effizienz und die Attraktivität.

... als ein vernetztes Konzept verstehen und mit erneuerbarem Strom antreiben. E-Bikes, Elektro-Roller, Hybridautos, Elektro-Transporter und Hybridbusse gehören genauso in eine umfassende Strategie für die Elektromobilität wie der weitere Ausbau der elektrifizierten Bahn mit Ökostrom.

... ein wichtiger Ansatz, mit dem die erneuerbaren Energien trotz fluktuierender Produktion eine sichere Stromversorgung gewährleisten. Deshalb hat der Landtag vor wenigen Wochen die Landesregierung beauftragt, sich für ein Pilotprojekt zur Erforschung virtueller Kraftwerke in NRW einzusetzen.

... sichere Investitionsbedingungen für Pumpspeicher zu bieten, wie es die Landesregierung mit einem Programm der NRW-Bank tut. Die Vollversorgung mit erneuerbarem Strom ist möglich. Dafür sind zunächst Lastmanagement sowie regionaler Netzausbau und nicht zuletzt verschiedene Speichertechnologien nötig.



... ist der europäische Emissionshandel das zentrale Instrument. Er erfasst die Hälfte der deutschen CO₂-Emissionen. Zudem sind weitere Anstrengungen erforderlich. Dabei darf NRW keine gefährlichen Alleingänge unternehmen, die dem Klima nichts nützen, aber Arbeitsplätze in NRW gefährden.

... muss attraktiver und dem wachsenden Bedarf entsprechend ausgeweitet werden. Dafür müssen die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder endlich sachgerecht verteilt werden. Obwohl NRW rund 22 Prozent der Einwohner Deutschlands hat, bekommen wir nur knapp 16 Prozent der Mittel zur Finanzierung des ÖPNV.

... weiter voranbringen. Die Chancen der Technologie sollten vom Innovationsstandort NRW genutzt werden. Dazu sind weitere Anstrengungen von der Automobilindustrie, aber auch von Bund, Land und Kommunen notwendig.

... ein Ansatz, um die dringend notwendige Integration der schwankenden Stromerzeugung von erneuerbaren Energien voranzubringen. Ein entsprechendes Pilotprojekt in NRW bietet die Chance, neue technische Lösungen zu entwickeln, damit NRW endlich einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leistet.

... dass Natur- und Artenschutz sowie Akzeptanz vor Ort gewährleistet sind. Sie sind ein wichtiger Baustein der Energiewende, aber nicht der einzige. Wir müssen daher auch andere Technologien weiterentwickeln und dürfen nicht nur auf Pumpspeicherkraftwerke setzen.



... brauchen wir einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung, ein Braunkohleausstiegsgesetz, ein Frackingverbot, Effizienzsteigerungen und eine echte Energiewende, die auch Gebäude und Industrieanlagen umfasst sowie eine Verkehrswende, die auf einen starken ÖPNV setzt.

... kostet die Gesellschaft und auch das Land weniger als der individuelle Autoverkehr. Der ÖPNV muss auch aus wirtschaftlichen Gründen ausgeweitet und attraktiver gestaltet werden – von den gesamtgesellschaftlichen, ökologischen und sozialen Gewinnen ganz abgesehen.

... weiter fördern. Es wäre jedoch verkehrt, Elektromobilität auf Autos zu reduzieren. Die eigentlich bedeutsamen elektrisch betriebenen Verkehrsmittel sind Busse und Bahnen. Hier existiert die technische Infrastruktur bereits. Autos und Fahrräder ergänzen die E-Flotte. Hybridfahrzeuge sind marktreif.

... interessant. Die Energiewende ist jedoch lokal, regional und dezentral angelegt, so dass die Option mehrerer kleiner dezentraler virtueller Kraftwerke ebenfalls zu prüfen ist. Diese können dann zusammengeschlossen werden – und auch über die Landesgrenzen hinaus vernetzt sein.

... die Bevölkerung von Anfang an demokratisch zu beteiligen und derartige Großspeicher als lebenswichtige Infrastruktur zu definieren, die nicht in die Hände von Oligopolen gehört, sondern unter öffentliche Kontrolle.